

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 01. Juni

KOLUMNE

Die japanische Krankheit

Wir alle kennen die Redewendung „Alter Wein in neuen Schläuchen!“ Man gebe einem alten Konzept einfach einen neuen Namen, schon wird nach wenigen Monaten von den erfolgreichen „Abenomics“ in Japan schwadroniert. Neu benannt ist die seit 1990 im Inselstaat erfolglos praktizierte Politik der immerwährenden exzessiven Kreditfinanzierung mit staatlichen Konjunkturprogrammen, einer Nullzinspolitik und einer wahren Gelddruckorgie der Notenbank nach Shinzo Abe, dem neuen japanischen Regierungschef.

Anfang vorletzter Woche feierte die globale Wirtschaftspresse, die üblichen verdächtigen Ökonomen wie Paul Krugman, aber auch die politische Linke den Erfolg dieser Abenomics, die doch tatsächlich im ersten Quartal 2013 zu einem auf Jahresbasis hochgerechneten Wachstum von 3,5 Prozent in Japan geführt habe. Was für ein Erfolg nach mehr als zwei Jahrzehnten Stagnation und Deflation! Nötig für erfolgreiche Wirtschaftspolitik sind also nicht Strukturreformen, die den Menschen Opfer abverlangen, weil etwa das Renteneintrittsalter angehoben oder der Kündigungsschutz gelockert wird. Nein, man lasse einfach die Zentralbank immer neues Geld drucken, die Märkte mit Hyperliquidität fluten und damit eine Aktienhausse auslösen, die in Japan binnen eines guten halben Jahres fast zu einer Verdoppelung des Nikkei-Index führte. Die mit der Politik des leichten Geldes einhergehende Schwächung des Yen ist mit den Abenomics beabsichtigt, weil damit Japans Exportindustrie beflügelt wird. Die deutschen Fahrzeugbauer spüren den Preisdruck auf den internationalen Märkten bereits deutlich, wie die erstmals seit vielen Jahren sinkenden Preise des deutschen Exports aktuell belegen.

Doch die Risiken und Nebenwirkungen dieser japanischen Krisenpolitik sind gewaltig. Die Staatsverschuldung hat dort jetzt astronomische 245 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung erreicht. Die Liquiditätsblase an den Aktienmärkten kann jederzeit platzen, wie der Absturz des Nikkei um mehr als 1000 Punkte vergangene Woche schlagartig bewusst machte. Und dass ein schwacher Yen auch eine Kehrseite für eine Volkswirt-

schaft hat, die ihren Energiehunger durch den Import fossiler Brennstoffe stillen muss, sei nicht verschwiegen. Wenn die Energiepreise steigen, haben die Verbraucher weniger Geld für die Konsumnachfrage.

Finger weg von dieser japanischen Harakiri-Strategie! Dieser Appell geht an die politische Linke in Europa, die derzeit nichts unversucht lässt, um die angesichts der europäischen Schuldenprobleme in der Eurozone notwendigen Sparanstrengungen zu torpedieren. Plötzlich werden nicht mehr eine viel zu laxe jahrzehntelange Haushaltspolitik,

ein zu teures Sozialsystem mit Frührenten und aufgeblähtem öffentlichen Dienst und eine innovationsarme und unproduktive Volkswirtschaft für die Probleme in Griechenland, Spanien und auch in Frankreich verantwortlich gemacht. Nein die sogenannte

Austeritätspolitik steht im Zentrum der Kritik. Man dürfe sich doch nicht kaputtsparen, meinen die politischen Kräfte, für die Haushaltsdisziplin ein Graus ist, weil sie dann der Bevölkerung keine neuen kreditfinanzierten Wohltaten mehr versprechen können oder gar in liebgewordene soziale Besitzstände eingreifen müssten. Dabei steht die sprachlich von der politischen Linken als Austeritätspolitik diskreditierte staatliche Haushaltspolitik für nichts anderes als einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung. Diese Position vertrat übrigens auch der große britische Ökonom John Maynard Keynes in seinem 1936 veröffentlichten Standardwerk. Er huldigte gerade nicht einer immerwährenden Neuverschuldung, sondern plädierte über den gesamten Konjunkturzyklus für Staatsbudgets, die in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind.

Keynes wird von der politischen Linken in Europa und der Welt häufig für deren Versuch der Krisenbekämpfung mit Krediten statt mit Reformen vereinnahmt. Das ist Etikettenschwindel, für wahre Keynesianer sind die Abenomics ein Graus und eine dramatische Fehlentwicklung. Die japanische Krankheit könnte gefährlich ansteckend sein, und eine deutsche Staatsverschuldung von „lediglich“ 81 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung bedeutet kein starkes Immunsystem.



Oswald Metzger
Einspruch!